

## Kulturausschuß: Beschlüsse zum Haushalt 1980

- Die Haushaltsmittel zur kindgerechten Umgestaltung von bestehenden Schulhöfen werden auf Antrag der SPD- und F.D.P.-Fraktionen um 1 Million DM auf 3,5 Millionen DM erhöht.
- Die überörtliche kulturelle Zusammenarbeit der Großstädte und Mittelstädte untereinander wird auf Antrag der SPD- und F.D.P.-Fraktionen mit Zustimmung der CDU-Fraktion um 700000 DM auf 2 Millionen DM verstärkt.
- Die projektbezogene allgemeine Kulturförderung von Einzelmaßnahmen soll erstmalig im Landeshaushalt mit 3 Millionen DM unterstützt werden. Der Antrag der SPD- und F.D.P.-Fraktionen wurde gegen die Auffassung der CDU-Fraktion gebilligt. Nach Meinung der CDU-Fraktion reichen die beabsichtigten kulturellen Förderungsziele für diese beträchtliche Haushaltsausweisung nicht aus. Nach Darstellung der SPD- und F.D.P.-Fraktionen soll damit jedoch erstmalig eine Dynamik in der Kulturpolitik des Landes fortgesetzt werden, um jährlich nicht wiederkehrende Kulturprojekte zu unterstützen.
- Die Denkmalpflege soll nach dem Willen der SPD- und F.D.P.-Fraktionen um 2,7 Millionen auf 42,6 Millionen DM ausgeweitet werden; zusätzlich können noch Finanzaussagen in Höhe von 6 Millionen DM abgegeben werden.

## Finanzrichter: Weitere Beratung vertagt

Ein Nachspiel im Justizausschuß hatte die am Jahresende im Plenum gestellte Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Fell, die den Vorwurf enthielt, der Justizminister habe den üblichen Rahmen der Dienstaufsicht im Falle der Angehörigen eines Senats des Finanzgerichts Düsseldorf empfindlich überschritten. Die der Arbeitsweise des Senats per Erlaß zu widmende „besondere Aufmerksamkeit“ sei durch Gerichtsurteil für unzulässig erklärt worden. Daß dieser Vorgang aus dem Jahre 1976 die Gerichte, das Parlament und nun den Justizausschuß beschäftige, hielt SPD-Abgeordneter Wilmbusse für eine zu weitreichende Betrachtung. Dem Vorgang lag der Sachverhalt zugrunde, daß ein Senat das Rubrum einer Entscheidung ohne die gesetzlich vorgeschriebene Begründung zugestellt hatte und zwei Richter auf Vorhalt der Präsidentin des Finanzgerichts jede Äußerung verweigert hatten. Wenn die hieraus resultierende Reaktion des Justizministers im Rahmen seiner „üblichen Praxis“ erfolgt sei, kritisierte Dr. Klose, so sei diese Praxis zu überprüfen, weil die Grenzen der Dienstaufsicht überschritten würden und die richterliche Unabhängigkeit verletzt würde. Um nicht in noch schwebende Verfahren einzugreifen, einigte sich der Ausschuß darauf, weitere Diskussionen hierüber erst nach deren Abschluß zu führen.

## Porträt der Woche



Heinz Janssen (SPD)

*Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zieht der SPD-Abgeordnete Heinz Janssen die Konsequenz der Verweigerung: Wenn die Karlsruher Richter von ihm verlangen, daß er Berufspolitiker werden soll, dann macht er nicht mit, sondern geht zurück – „zurück in meinen erlernten Beruf als Kommunalbeamter“. Am Ende dieser Legislaturperiode ist für den 46jährigen Janssen Schluß mit der Landespolitik. Nicht mehr dabei sein will der Sozialdemokrat bei einer in seinen Augen „falschen Entwicklung, daß für die Parlamentarier nur die parlamentarische Arbeit Beruf sein soll“. Die solcherart mit einem außerparlamentarischen Berufsverbot belegten Abgeordneten, so seine Befürchtung, verlören den Bezug zu den Alltagsproblemen der Bürger, die sie vertreten sollen. Seinem Abschied gibt er aber auch ein positives Motiv: Zehn Jahre Zugehörigkeit zum Landtag seien genug. Da könne Routine aufkommen, die der politischen Arbeit schade. Demokratie lebe schließlich vom Wechsel. Zeit also, einem Nachfolger Platz zu machen. Zu den lauten Parlaments-Debatten hat der zurückhaltend und effizient operierende Abgeordnete Janssen nie gehört. Zum Nutzen der Bürger und seines heimischen Wahlkreises Remscheid hat er trotzdem oder deshalb viel erreicht. Er paukte in der vorigen Legislaturperiode bei der kommunalen Neuordnung die „Lex Remscheid“ durch, sicherte Remscheid trotz mangelnder Einwohnerzahl den Status der kreisfreien Großstadt, hielt ihr damit die Chancen für eine eigenständige Zukunftsentwicklung offen und freut sich, „daß bei uns der Oberbürgermeister noch Oberbürgermeister ist und nicht bloß Bürgermeister oder gar nur Bezirksvorsitzender eines Stadtteils von Wuppertal“. Während der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode war Janssen die Arbeit im Petitionsausschuß „die liebste Tätigkeit“. Schon vor einigen Jahren*

*hatte er als Handlungsmaxime zu Protokoll gegeben: „Denen zu helfen, die ohne Hilfe nicht zu Rande kommen; die Mülsteine der Bürokratie anhalten, wenn ein Bürger dazwischengerät.“ Als Beamter wisse er schließlich, wie Bürokraten mitunter mit Bürgern umgingen. So weiß Janssen aber auch, wenn er wieder in die heimische Kommunalverwaltung zurückkehrt, nach seiner Tätigkeit im Petitionsausschuß erst recht, „was ich als Beamter zu tun und zu lassen habe“.*

*Kritik und Sorge schwingen mit, wenn der Abgeordnete Heinz Janssen am Ende seiner Parlamentszugehörigkeit resümiert: Der Aufbau der Bundesrepublik sei endgültig abgeschlossen. Die Aufgabe der Parlamente beschränke sich zunehmend auf Kleinarbeit. Damit gehe die Gefahr einher, daß die Volksvertreter den Blick für die großen Zusammenhänge verlören, daß Parlamentarier-Tun unübersichtlich und für den Bürger undurchschaubar werde, daß eine unkontrollierte Verwaltung nur noch von Spezialisten beherrscht werde und sich zunehmend als Selbstzweck empfinde. „Dies muß das Parlament im Auge behalten.“ Regelrecht ärgerlich wird Janssen, kommt das Gespräch auf die „ausgesprochen miserablen Arbeitsbedingungen“ im Düsseldorfer Landtag. Gerade wenn das Parlament seine Kontrollfunktion gegenüber einer immer perfekteren Verwaltung erfüllen wolle, seien „grundlegende Verbesserungen zwingend“. Janssens „Büro“ ist – oder bald war – ein einziges Regal eines Blechschrankes im Keller des Landtags.*

*Christoph Lütgert*